

Schöne Neue Welt

Zukunft Europas

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Ich freue mich, dass ich hier sein und die Stimme der Zivilgesellschaft vertreten darf. Seit 2040 bin ich Leiterin des Zukunftsforums. Was es damit auf sich hat, erkläre ich Ihnen gleich und wahrscheinlich gibt es auch ein paar von Ihnen, die bereits daran teilgenommen haben. Ich freue mich außerdem, dass ich heute mit Ihnen darüber sprechen kann, wie wir es geschafft haben, Europa umfassend zu vereinen.

Europäische Vernetzung

Seit mittlerweile acht Jahren arbeite ich bereits an der Vernetzung europäischer Akteure, um den Kontakt untereinander zu stärken und um gemeinsame Ziele und Absichten zu koordinieren. Das war natürlich schon lange so, allerdings ist es heute von ganz besonderer Bedeutung und beispielsweise durch die Demokratisierung des Internets, mit der Offenlegung jeglicher Software- und Quellcodes, viel leichter geworden. Daten wurden in der Vergangenheit als das „neue Öl“ bezeichnet, was allerdings immer schon eine fragwürdige Metapher war. Das Öl ging zur Neige, aber Daten sind natürlich solange da, wie wir als Menschheit da sind. Daher sollten Daten viel mehr als das neue Grundwasser bezeichnet werden, weil wir darauf geachtet haben, dass sie nach guten gemeinschaftlichen Gesetzen und Regeln allen zugänglich waren. Ich kann also heute mit Hilfe der größten Datenbank der Welt, der Wikipedia, quasi in Echtzeit verstehen, wie die Stimmung zu verschiedenen Themen europaweit ist. Das erlaubt mir dann, die Menschen aus ganz Europa, die sich für das gleiche Themengebiet interessieren und engagieren, zusammen zu bringen und ihnen die richtigen Tools für ihre Arbeit und Aktivismus an die Hand zu geben.

Darüber hinaus ist die Einführung eines kostenlosen Fernverkehrs und ein perfekt ausgebautes Schienennetz die Grundlage dieser europaweiten Vernetzung. Gerade komme ich von der Eröffnung der Strecke Kopenhagen-Palermo, die jetzt in nur 5 Stunden zurückgelegt werden kann. Diese Halbierung der Reisezeit wäre undenkbar gewesen, hätte die EU nicht vor einigen Jahren auf den Ausbau des

Hochgeschwindigkeitsschienenverkehrs gesetzt. Private Kraftfahrzeuge sind so mittlerweile nicht mehr nötig und werden fast nicht mehr genutzt.

Entwicklungen in Europa

Auch wenn Europa in den letzten dreißig Jahren die ein oder andere Katastrophe erlebte, die z. B. durch den nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandel ausgelöst wurde, hat sich einiges verbessert. Diese Verbesserung ist vor allem auf den Druck der fortschrittlich Denkenden zurückzuführen sowie den Glauben an eine Starke Demokratie. Im Hochsommer 2019 passierte ein weiteres Schiffsunglück auf dem Mittelmeer mit über 200 Toten. Daraufhin wurde das neue EU-Budget unter Anleitung von Gesine Schwan geändert und ein neuer Fond eingerichtet, der die Aufteilung Geflüchteter regelte. Dieser Fond wird von der EU-Kommission bereitgestellt. Die sogenannte „Allianz der Humanisten“, bestehend aus Frankreich, Deutschland, Spanien und den Niederlanden, einigte sich darauf, dass Städte als Ankunftsorte für Geflüchtete zusätzliche Unterstützung brauchen, um die Integrationsaufgaben zu gewährleisten. Diese Gelder konnten von Städten ab Anfang 2020 abgerufen werden. So bewarben sich auch Städte aus unerwarteten Gegenden, wie Polen, Ungarn und Italien, auf den Fond. Die Besonderheit dieses Fonds ist, dass er auf holistischer Ebene, also für die Gesamtbevölkerung und nicht nur für Neuangekommene, wirkt und so auch sozial Schwachen zugute kommt. Dieser mit 10 Millionen Euro ausgestattete Fond war der erste tatsächlich erfolgreiche Vorstoß zur Lösung der sogenannten Flüchtlingskrise. So setzte er den Grundstein für ein ausgewogenes Zusammenleben. Stellen Sie sich vor, es hätte damals nicht funktioniert. Wie wären dann womöglich die Wahlen der Folgejahre ausgegangen? Vielleicht hätten wir in Deutschland einen Friedrich Merz als Kanzler bekommen. Auch Salvini, Orban und wie sie alle hießen, wurde deutlich der Wind aus den Segeln genommen. Der Druck an der richtigen Stelle kann kaum zu überwindende Mauern kippen.

Migration und eine multinationale Gesellschaft

Wir haben es geschafft, zirkuläre Migration zuzulassen. Einreise und Ausreise wurden einfacher gestaltet, das Bauen von Mauern nicht weiterverfolgt und die enormen Summen für Grenzsicherung stattdessen in Bildung investiert. Mit Entsetzen schauen wir auf die Zeit zurück, in der Menschen noch auf wackligen Schlauchbooten nach Europa flohen. Seit dem Jahr 2025 können Visa direkt vor Ort beantragt werden und die Einreise ist auch per Flugzeug möglich. Es gibt endlich ein echtes Einwanderungsgesetz.

Auch mit Partnern in Subsahara Afrika wurde endlich auf Augenhöhe zusammengearbeitet. Die Tatsache, dass wir seit Jahren eine sehr durchmischte Gesellschaft (anders gesagt, eine Gesellschaft der Vielen) sind, hat diese Entwicklung enorm erleichtert. Heute sind 70 Prozent der Kinder in den Städten von bi- oder trinationalen Eltern. Das Internationale ist damit allen im Blut. Herkunft ist nicht mehr mein Land, sondern viel mehr meine Region und meine Stadt oder eben Europa. Städte gewannen damit auch an Einfluss. Im Jahr 2030 lebten bereits fast 80 Prozent der BürgerInnen in Städten. Der genannte Integrationsfond für Geflüchtete und sozial Schwache hat sich als gesamtgesellschaftliches Integrationsmodell gegen die Gefahren von Globalisierung bewährt und trägt Früchte. Lokalinitiativen werden für Integrationsförderung, Sprach- und Bildungsangebote etc. gefördert. Darüber hinaus genießen MigrantInnen ab fünf Jahren Aufenthalt in der EU Zugang zu Europäischer Staatsbürgerschaft und damit dieselben Rechte wie EU BürgerInnen. Das hat einen entscheidenden Beitrag geleistet, diejenigen zu bremsen, die als ewig Gestrige glaubten, wir könnten die Globalisierungstendenzen zurückdrehen und uns im Schneckenhaus der Nationalstaaten verkriechen. Die BürgermeisterInnen aus den Städten wie Paris, Barcelona, Neapel und Athen haben damals sehr stark zu diesem Prozess beigetragen. Das Ergebnis zirkulärer Migration wirkte zudem auch auf anderer Ebene. Denn so konnte auch die Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte aus ihren Herkunftsländern minimiert werden. Das war in der Vergangenheit ein wichtiges globales Entwicklungsziel. Um ein Beispiel zu nennen: Accra entwickelte sich zum Berlin des afrikanischen

Kontinents und läuft seit den späten 30er Jahren Berlin den Rang ab als hippste Stadt und Startup-Metropole.

Nachhaltiges Wirtschaften

Accra hat heute Fachkräfte aus der ganzen Welt und wurde als Magnet für die Generation Gamma als Symbol für innovatives und nachhaltiges Wirtschaften – ressourcenschonend und wiederverwertbar. Der Produktionskreislauf greift nicht mehr auf noch im Boden liegende Rohstoffe zurück, sondern auf perfektes Recycling. Sonnenenergie hat in Subsahara Afrika seit den späten 30er Jahren den ersten Platz für Energiegewinnung eingenommen und das mit Solarpanels aus lokaler Produktion. Dadurch verlor die EU einerseits an Anziehungskraft für Fachkräfte im Innovations- und Nachhaltigkeitssektor, konnte sich aber bevölkerungstechnisch durch die Zirkulation trotzdem stabilisieren. Heute ist es schlicht nicht mehr von so hoher Bedeutung, wo ich wohne, viel wichtiger ist, dass ich an den Versorgungskreislauf angeschlossen bin.

Universelles Grundeinkommen und europäische Bürgerinitiative

Das wird auch ermöglicht durch ein weltweites, regional gestaffeltes Grundeinkommen, das durch Dividenden von Großkonzernen finanziert wird. Die Grundsteine dazu wurden ab den 2021ern in Europa gelegt. Damals gewann Corbyn bei einem Erdrutschsieg in Großbritannien und setzte sich für eine Neuabstimmung über den Brexit ein, der am Ende abgelehnt wurde. Zuvor gewann zudem eine europaweite Kampagne, die es sich zum Ziel setzte, die gesamte europäische Bürgerschaft politisch zu repräsentieren. Diese sogenannte europäische Bürgerinitiative (EBI) war ein sehr wichtiger Schritt hin zu einem vereinigten Europa, das von unten weiter wachsen konnte und allen BürgerInnen eine gemeinsame Identität vermittelte. Das hatte zur Folge, dass 2025 eine umfassende Wahlrechtsreform in Kraft trat und in Deutschland die direkte Demokratie einführte. Damit konnte die Entfremdung zwischen Wahlvolk und dem politischen System der 10er und frühen 20er Jahre teilweise überwunden werden. Auch auf europäischer Ebene wurde daraufhin eine Debatte über die Wirksamkeit der bestehenden Möglichkeiten der Mitbestimmung ausgelöst. Schließlich wurde eine Reform beschlossen, die nach dem Prinzip „one person one vote“ jede Stimme in Europa gleich behandelte. Zuvor wurden Entscheidungen auf Basis des Verhältniswahlrechts getroffen. Wir haben uns also auf dem Weg in die Europäische Republik begeben. Die „Nation“, die ursprünglich auf Ethnie und Boden beruhte, wurde durch eine europäische Republik ersetzt. Diese basiert auf Wahlrechtsgleichheit, Steuergleichheit und dem gleichen Zugang zu sozialen Rechten.

Im zweiten Schritt wurde beschlossen, Bürgerräte zu ermöglichen, die von lokaler bis hin zur europäischen Ebene über wichtige Themen mitbestimmen. Diese heutigen Bürgerräte, auch Zukunftsforen genannt, beraten über die wegweisenden Fragen des Europaparlaments. Ihr Votum wurde bisher in fast allen Fällen angenommen. Ohne diese Bürgerräte hätte es wohl nicht die flächendeckende Abschaffung des privaten Kraftverkehrs in Innenstädten gegeben, oder auch nicht die Rekrutierung von Frauen und Menschen mit Diversitätsmerkmalen in allen relevanten Gremien – von Parteilisten bis Aufsichtsräten. Durch das neue System wurde Politik wieder nahbarer gemacht und auch die Wahlbeteiligung stieg. Fast jedeR hat heute Bekannte, die schon einmal in einem dieser Bürgerräte über wichtige Entscheidungen mitbestimmt hat.

Ein neues Finanzsystem für Europa

Eine Niederlage gab es jedoch auch: Im Jahr 2028 wurde das Euro-Währungssystem aufgegeben. Die Abkehr vom Euro hatte zwar kurzzeitig desaströse Auswirkungen auf die europäische Gemeinschaft, aber die Staaten konnten aufgrund des bereits 2025 eingeführten Zukunftsforums einen Alternativplan zur Abschwächung des Desasters ausarbeiten. Dieser Plan ist umfassend und sieht unter anderem vor, dass die EU eine europäische Arbeitslosenversicherung sowie einen europäischen Mindestlohn

einführt, um Lohndumping zu vermeiden und damit auch wieder eine identitätsstiftende europäische Errungenschaft darstellte. Eine langfristige Änderung erzielte die Einführung eines echten EU-Budgets. Dieses verfügte über ein Investitionsvolumen, das sich sehen lassen konnte und mit bisheriger Austeritätspolitik abschloss. Das EU Budget erlaubte außerdem die Garantie für die Grundsicherung für alle BürgerInnen. Dadurch, dass das Bankensystem in den letzten Jahren dank der Blockchain-Technologie praktisch obsolet gemacht wurde, konnten wir das Prinzip „Solidarität und Vertrauen“, was für den Bankensektor in der Vergangenheit sehr wichtig war, über den Haufen werfen. Somit wurde das Finanzsystem dezentralisiert und die Macht der Banken endgültig beendet. Transparenz haben wir also auch in diesem Punkt erreicht.

Ein transparenter gesamteuropäischer Ansatz

Das Zukunftsforum tagte in den Jahren zwischen 2028 und 2030 dreimal jährlich, um die Durchsetzung der gesteckten Ziele zu überprüfen. Heute ist das Zukunftsforum nicht nur ein transnationales Gremium, sondern es ist auch lokal organisiert und an Stadtparlamente und Kommunen angekoppelt. So ist Beteiligung in alltäglichen Fragen, wie beispielsweise Stadtplanung, Alltag geworden. Durch die Standardisierung von Open Source-Systemen ist auch die Transparenz in Vergabeverfahren gestiegen und Korruption und Steuerhinterziehung sind quasi Geschichte. Die verschiedenen Erfolge konnten nur erreicht werden, da wir, BürgerInnen auf Gemeinschaft gesetzt haben und uns in unserer Diversität nicht weiter auseinanderdividiert haben.

Plan B

Darf ich mich vorstellen, mein Name tut nichts zur Sache, aber ich bin zurzeit Strategiechef eines großen europäischen Wirtschaftsverbandes, war lange in der EU-Kommission und dem BMWi, wenn Sie so wollen, verkörpere ich das Establishment, auch wenn mich in der Öffentlichkeit kaum jemand kennt.

Europa im Jahr 2048 sieht so aus, wie es in Ihrer Zeit niemand haben wollte. Wir übrigens auch nicht, Sie sowieso nicht. Aber wenn man es hätte anders haben wollen, hätte man an den Trends, an den Entwicklungslinien etwas ändern müssen, an den Grundprämissen der Politik, vor allem der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aber für eine andere Politik gab es nie Mehrheiten, es gab ab und zu Mehrheiten gegen etwas, aber nie für eine wirklich andere Politik. Wir konnten also so weitermachen, die EU machte also genau so weiter, wie Sie es 2018 erleben, obwohl außer uns schon damals die meisten diese Politik nicht mehr wollten. Machtpolitisch haben wir bewiesen: unsere Politik ist alternativlos.

Schon 2006 haben wir in der EU-Strategie „Global Europe“ festgelegt, die EU müsse der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Das haben wir geschafft. Wir haben den Unternehmen freie Hand gelassen, nach den massiven Steuersenkungen in den 20er Jahren in den USA, in Kanada, in Japan, haben wir die Unternehmenssteuern immer weiter abgesenkt, wir hatten keine andere Wahl, heute sind sie praktisch bei Null. Wir haben weiter dereguliert, die staatliche Steuerungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft existiert eigentlich gar nicht mehr, weil wir sie eben auch nicht regulieren wollen. Wir glauben an den schlanken Staat. Der Niedriglohnsektor ist die Regel, Tarifverträge sind außerhalb des öffentlichen Dienstes schon lange unbekannt. Wir müssen ja wettbewerbsfähig bleiben. Der Markt regiert, Ihre damalige Kanzlerin hat das ja so schön als „marktkonforme Demokratie“ bezeichnet, im Grund ein Widerspruch in sich, aber das wollten Sie ja damals alle nicht wahrhaben. Noch heute gilt diese Dame bei Leuten wie Ihnen als Lichtgestalt – bei uns übrigens auch, haha.

Natürlich haben sich die Spannungen – die schon zu Ihrer Zeit enorm waren – deshalb weiter verschärft. Eigentlich ist es erstaunlich, dass der alte Euro, den Sie kennen, bis 2028 gehalten hat. Die Deutschen haben sich die Rettung dieses Euros einiges kosten lassen, niemand profitierte davon so wie sie. Der Euro gab den Deutschen eine künstlich unterbewertete Währung, er war die Grundlage ihrer gewaltigen Exportüberschüsse. Aber den Totalbankrott der süd- und osteuropäischen Euroländer konnten sie irgendwann nicht mehr verhindern, das Korsett dieser Währung hat die erdrückt. 30 Jahre stagnierende Reallöhne, stagnierende Produktivität, das hält niemand aus.

Natürlich hatten wir vorgesorgt. Während sie im Süden und Osten ihre Peseten und Drachmen wiedereingeführt haben, haben wir den Nordwest-Euro eingeführt, Deutschland, Niederlande und noch einige andere Länder. Aber wir haben ihn nicht Mark genannt, obwohl er das im Kern ist, sondern Gulden, der Name der alten niederländischen Währung vor dem Euro, das klingt nicht so deutsch. Der Gulden ist die einzige harte Währung in der EU. Außer im Nordwesten ist er auch in einigen Prosperitätsinseln wie den Großräumen Paris, Mailand, Warschau das Hauptzahlungsmittel. In den wirtschaftlich abgehängten Regionen im Süden und Osten des Kontinents, im Hinterland, da gibt es viele Parallelwährungen, Staatsschuldverschreibungen und Steuergutschriften, Italien hatte das schon 2016 eingeführt, ebenso wie Regionalwährungen. Die Drachmen und Peseten werden im Alltag der Menschen benutzt, der Gulden für den internationalen Zahlungsverkehr, für Importe, so wie der Dollar in Südamerika oder die D-Mark früher im Ostblock im letzten Jahrhundert.

Die EU ist ein neoliberales Wunderland geworden, die soziale Marktwirtschaft wie sie die Älteren unter Ihnen noch kannten ist längst Geschichte und in Ansätzen nur noch in den reichen Regionen Nordwesteuropas vorhanden. Die Ungleichheit hat inzwischen Werte erreicht wie in Brasilien. Mies

bezahlte Wanderarbeiter aus den ärmeren Regionen des Kontinents halten den reichen Nordwesten in Betrieb. In weiten Teilen sind Süd- und Osteuropa deindustrialisiert. Ärzte oder Krankenhäuser gibt es dort schon lange nicht mehr, das Personal ist dahin abgewandert wo es besser bezahlt wird, in den reichen Nordwesten. Die Regionalfördertöpfe der EU haben wir längst abgeschafft, die reichen Länder wollten nichts mehr einzahlen. Eine Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung nannten wir diese Abschaffung, stimmte ja auch. In Süd- und Osteuropa hat sich eine Subsistenzökonomie ausgebreitet – diese Leute sagen, sie seien nicht jenseits der Real-Ökonomie, sie seien die Realökonomie. In Berlin und Brüssel nehmen wir das natürlich nicht ernst, aber gut – so revoltieren sie wenigstens nicht, sondern sie sind beschäftigt. Die klügeren Köpfe sind jahrzehntelang nach Nordwesteuropa abgewandert, Litauen zum Beispiel hat heute nur noch 1 Million Einwohner, vor 50 Jahren waren es noch 3. In diesen ökonomisch uninteressanten Regionen wurde auch die Staatsgewalt weitgehend wegrationalisiert, sie war uns einfach viel zu teuer. Was es zu schützen gibt, erledigen private Sicherheitsdienste. Wie die öffentliche Ordnung im Alltagsleben der Menschen aussieht in den Weiten Andalusiens, der Slowakei oder Kalabriens, darum können sie sich selber kümmern. Der schlanke Staat ist das Leitbild – die schwarze Null ist oberste Staatsdoktrin. Erst seit kurzem bleiben dennoch auch viele klügere Köpfe dort, weil sie dieses regionale Subsistenzmodell besser finden als den knallharten Kapitalismus im Nordwesten. Sollen sie halt. Der reiche Nordwesten braucht sowieso immer weniger billige Arbeitskräfte, seit die Automatisierung und Digitalisierung durchschlagend die Arbeitswelt verändert hat. Auf dem Papier haben wir offene Grenzen in Europa, aber das ist Theorie. Die Grenzen sind heute wirtschaftlicher Natur, das einzige Visum, was Sie für ihre Überwindung brauchen, ist Geld, und das ist für die meisten Leute knapp. Der reiche Nordwesten ist für die meisten unbezahlbar. Die wenigen Flüchtlinge aus Afrika oder Nahost, die noch nach Europa kommen, bleiben auf dem Balkan, da können sie mit den Einheimischen klarkommen oder auch nicht, meistens eher nicht, aber in Berlin und Brüssel interessiert das niemanden mehr. Afrika beginnt am Balkan.

Wir denken global, unsere Märkte sind global. Wir sind fixiert auf die globale Konkurrenz mit China, die USA haben sich ja längst auf sich selbst zurückgezogen, und Indien und Japan und Russland sind zweitklassige Mächte, die mal mit uns verbündet sind und mal mit China. Die Türkei hat sich längst von Europa abgewendet und ist Teil des islamischen Nahen Ostens geworden. Nach ihrer vierten Staatspleite war uns das auch egal, bei denen war nichts mehr zu holen.

Wirtschaftlich gesehen hat von dieser Entwicklung nur ein kleiner Teil profitiert, aber der dafür richtig. Die meisten Menschen sind wütend, unzufrieden, die Gesellschaften sind so ungleich und tief gespalten wie in Entwicklungsländern. Ich habe nie verstanden, warum das irgendwem wundert: wenn Sie ein halbes Jahrhundert lang den Reichen und den Unternehmen die Steuern senken und den Sozialstaat abbauen, Lohndrückerei für unverzichtbar für unsere globale Wettbewerbsfähigkeit erklären – da kann doch gar nichts anderes herauskommen. Natürlich, ab und zu haben wir so tun müssen, als ginge es wieder in die andere Richtung, zum Beispiel 2027 mit den Abkommen gegen Steueroasen. Die hatten ihre großen Zeiten schon damals längst hinter sich: wenn Sie eigentlich gar keine Steuern mehr zahlen müssen, brauchen Sie ja auch keine Steueroasen mehr, oder? Haha.

Die Populisten aller Art, über die Sie sich damals 2018 so ereifert haben, die sind längst Normalzustand geworden – aber wer von denen gewinnt, spielt keine große Rolle. Sie kommen und gehen, sie haben aber kein kohärentes politisches Programm. Parteien kennen wir schon lange nicht mehr. Aber eigentlich sind diese Populisten ganz harmlos und unterhaltsam. Wer von denen eine Wahl gewinnt, zieht ein grandioses Spektakel ab, füllt sich die Taschen und macht schon bald das, was wir wollen, bis der Nächste kommt, denn wirtschaftsfreundlich wollen sie alle sein, vor allem aber sind sie alle käuflich. Wer nicht rechtzeitig auf Linie kommt, wird diskreditiert – unsere Trolle in den sozialen Medien sind da wirklich sehr gut. Das weiß das Volk auch, die Wahlbeteiligungen liegen heute unter 20%. Nur einmal gab es einen Betriebsunfall, als diese linke Bulgarin die absolute Mehrheit holte, eineinhalb Jahre hat sie uns geärgert, wurde sogar der Mafia dort richtig gefährlich. Naja, ihre Leiche wurde nie gefunden, aber die Botschaft haben alle verstanden. Es blieb ein Einzelfall. Wirklich wichtig sind

sowieso nur die Regierungen im Nordwesten, wer all die zweitklassigen Länder da hinten im Osten und Süden regiert, ist eigentlich unwichtig. Die haben sowieso keinerlei Spielräume.

Sie ahnen es schon, die EU-Institutionen arbeiten heute maximal undemokratisch. Die EU-Verträge sind ja seit Jahrzehnten unverändert, es ist aussichtslos Änderungen zu versuchen, aber die Kunst des Machiavellismus beherrschen die Institutionen perfekt. Das Europaparlament ist völlig zersplittert, bekommt nichts auf die Reihe und wird meist übergangen. Ministerrat und Kommission arbeiten üblicherweise per Dekret, der EuGH sagt zu allem ja und Amen. Wenn Sie dauerhaft gegen eine zersplitterte Mehrheit anregieren müssen, regiert es sich anders als wenn die Mehrheit auf Ihrer Seite steht, so wie das 50 Jahren war. Aber es geht – auch und gerade in einer Demokratie, einer formalen Demokratie – weil diejenigen, die gegen Sie sind, eben auch keine legitimierte Mehrheit haben. Mit der Angst vor den Faschisten und Populisten rechtfertigen wir alles, vor allem Ex-Linke und Grüne sind heute die Gralshüter dieses autoritären Liberalismus. Niemand hat so viel Angst vor und Verachtung für die dumpfen Emotionen des Volkes wie die. Die sogenannte Zivilgesellschaft, die sind de facto die Hofnarren des Neoliberalismus, die finanzieren wir sogar, solange sie die soziale Frage nicht stellen.

Unsere neueste Erfindung ist die Gesetzgebung über Verträge mit Liechtenstein. Unsere Gesetze gießen wir in die Form eines Vertrags mit Liechtenstein, den setzen wir dann per Ministerratsbeschluss vorläufig in Kraft, das Recht dazu haben wir ja seit dem Lissaboner Vertrag 2007. Dazu brauchen wir kein Parlament. Der CETA-Vertrag wird übrigens seit über 30 Jahren vorläufig angewandt, das war das Pilotprojekt. Man kann mit unbefristeten Provisorien ganz wunderbar regieren, das haben wir auch erst im Laufe der Zeit gelernt. Wer da wirklich die Strippen zieht, das können Sie so am besten verschleiern. Die Einführung der Direkten Demokratie war auch ein grandioser Schachzug, es war zwar nicht unsere Idee, sondern die der NGOs, aber sie hat uns letztlich mehr genützt als geschadet. Manchmal haben uns irgendwelche NGOs damit durchaus geärgert, aber wir haben dieses Instrument bald selbst am besten genutzt – was so beschlossen wird, hat eben eine ganz andere Legitimität als ein vorläufig angewandter Vertrag mit Liechtenstein.

Der Nationalismus ist ein veritables Problem, die Propagierung von Eigennutz und Marktkonkurrenz als Universalprinzipien macht eben alle Menschen egoistischer, "die Anderen" werden zu Gegnern, "die Fremden" zu Feinden. So etwas wie Solidarität gibt es schon lange nicht mehr. „Europa“ steht für Märkte und Wettbewerb, für technokratische Kälte, für Finanzmärkte – für die Sehnsucht der Menschen nach Heimat, Geborgenheit, "soziale Wärme" steht das Nationale. Nirgendwo wird das deutlicher als bei Sportereignissen, wo ganz Europa frenetisch jubelt, wenn die Deutschen, die Niederländer und die Skandinavier verlieren. Ja, Europa ist deutsch, spricht deutsch, denkt deutsch. Der Tourismus im Mittelmeerraum beschränkt sich längst auf wenige Touristenzentren, woanders sind die Nordeuropäer nicht mehr sehr willkommen, außer sie geben sehr viel Geld aus.

Es wird Sie nicht wundern, der Brexit blieb nicht das einzige derartige Ereignis. Aber diese Exits machen uns nicht viel aus, wer austritt, ist im Gegensatz zu den Briten de-facto weiter von der EU kontrolliert, Teil des Binnenmarkts, aber nun auch ganz offiziell ohne Mitspracherechte. Manche sind dann auch wieder eingetreten. Wie viele Mitglieder die EU genau hat, ändert sich immer wieder, ich weiß aktuell gar nicht wieviel offizielle Mitglieder wir gerade haben, das spielt auch keine große Rolle. Außer Britannien, der Schweiz und Russland sind sowieso alle Länder des Kontinents faktisch Teil des EU-Wirtschaftsraums und nutzen unseren Gulden als einzige de-facto Hartwährung. Auch der Separatismus blüht, Katalonien, Korsika und Flandern sind selbständig geworden, andere Referenden sind gegen die Unabhängigkeit ausgegangen. An den Lebensrealitäten hat das zwar wenig geändert, aber das ganze nationalistische Tamtam hat die Leute jahrzehntelang davon abgehalten, sich um die soziale Frage zu kümmern. Nationalismus ist Opium fürs Volk, glauben Sie mir.

Möglich war das alles, weil sich die „progressive Zivilgesellschaft“, also Leute wie Sie, bis 2035 nicht um die ökonomischen und sozialen Fragen gekümmert hat. Statt die Machtfrage oder die Verteilungsfrage

zu stellen, haben sie lieber mit den Neoliberalen gemeinsame Sache für kulturellen Liberalismus gemacht statt uns, die Marktfundamentalisten, die Neoliberalen als Gegner zu betrachten – kein Wunder, weil sie selbst von dieser Politik von Besserverdienern für Besserverdiener direkt profitierte. Sie besteht ja selbst auch im Wesentlichen aus Besserverdienern in Nordwest-Europa. Das Prekariat, die Loser unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die durften keine politisch wirksame Stimme bekommen, das haben wir gut hingekriegt, gemeinsam mit den Intellektuellen. Für diese schöne Situation gab es leider ein biologisches Verfallsdatum: die führenden Köpfe dieser Geisteshaltung schieden in den 2030er Jahren altersbedingt nach und nach aus dem öffentlichen Leben aus. Seit etwa 2035 versuchen immer mehr Menschen, das britische oder schweizerische Beispiel auf die EU zu übertragen, aber sie sind bisher nicht sehr weit gekommen. Sie wollen die Menschen für ein Projekt einigen – wir schaffen es immer noch, dass sie uneinig bleiben. Teile und herrsche.

Ja, Britannien und die Schweiz. 2048 gibt es in Europa nur zwei Gegenmodelle zum Herrschaftsraum der EU, die progressive Republik Britannien und die Schweizerische Eidgenossenschaft. Großbritannien wurde nach dem Erdrutsch-Wahlsieg mit Corbyns Zweidrittelmehrheit 2021 zur Republik Britannien. Seit fast 30 Jahren sind die Reichen dort politisch marginalisiert. Das Mehrheitswahlrecht wurde von der sozialistischen Regierung beibehalten, damit sind sie unschlagbar. Das Brexit-Grenzproblem mit Irland haben sie gelöst, indem sie Nordirland an die Republik Irland verschenkten, eine geniale Idee, muss ich zugeben. Die konservativen Nordiren waren mit der progressiven, linken Agenda von Corbyn sowieso nicht einverstanden, erst recht nach der Abschaffung der Monarchie. Der Brexit entpuppte sich als Voraussetzung für Corbyns Rückabwicklung des Neoliberalismus, unter den EU-Verträgen wäre das gar nicht möglich gewesen. Die führenden intellektuellen Köpfe Europas leben vorwiegend in der attraktiven Kulturmetropole London, es ist die Traumdestination aller Kreativen. Vor allem ist London bei weitem nicht so teuer wie die Glitzermetropole Berlin, seit Immobilieninvestoren dort kein Bein mehr auf den Boden bekommen und die Finanzblase nach Frankfurt gezogen ist.

In der Schweiz hat sich die Soziale Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts noch erhalten: die direktdemokratische Verfassung des Landes ließ die neoliberale Revolution einfach nicht zu, bis heute nicht. Sie sind immer noch das widerspenstige, basisdemokratische und steinreiche Völkchen in der Mitte Europas. Ihre mentale Distanz zur EU ist grösser denn je, den Schweizern geht es weit besser als den Durchschnittseuropäern. Selbst das Hochdeutsche haben sie abgeschafft, mit denen können Sie kaum noch kommunizieren. Aber sowohl Britannien als auch die Schweiz haben alles andere als offene Grenzen, wer da reindarf, hat das große Los gezogen. Viele sind es nicht.

Und wenn Sie mich nun fragen, ob wir auch weiterhin so weitermachen wollen – ich sage Ihnen, wir machen solange so weiter, wie wir können. Solange, wie Sie uns lassen.